

Niederschrift

der X/11. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 25. November 2021
Sitzungsbeginn: 17:34 Uhr
Sitzungsende: 21:02 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 20:20 - 20:30 Uhr während TOP 5 ö. T.
Sitzungsort: Großer Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers

Matthias Albers

ab 17:44 Uhr während TOP 2 ö. T.

Hans-Georg Bette

Markus Bette

Horst Broeske

Dr. Thorsten Conze

Angela Degner

Dieter Eickelmann

Rudolf Ewers

Michael Franke

Hartmut Fust

Mathias Geißler

Annette Gerbe

Alexander Gödeke

Hubertus Guntermann

Marco Guntermann

Hubertus Heuel

Katja Lutter

Jürgen Meyer

Maike Ochsenfeld

Luca Putzu

Hannah Roßwinkel

Heinz-Josef Rötze

Bernd Schrewe

Andreas Schulte

Günter Schütte

Dr. Matthias Schütte

bis 19:08 Uhr während TOP 5 ö. T. (Haushaltsreden)

Hubert Stratmann

Daniel Sztul

Stefan Vollmer

Friedrich Freiherr von Weichs

Dietmar Weber

Stefan Wiese
Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
Stadtverwaltungsrat Andreas Plett
Stadtinspektoranwärter Nico Schörmann

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Ulrich Cater
Michael Eiloff
Johannes Müller
Roman Schauerte

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung ist in der Einladung aufgeführt. Herr König teilt mit, dass er mit Schreiben vom 23.11.2021 vorgeschlagen hatte, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um

TOP 3 Veräußerung von Gewerbegrundstücken im Gewerbegebiet Lake II, Schmallenberg Vorlage X/357

zu ergänzen. Die dazugehörige Vorlage X/357 ist den Ratsmitgliedern über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt worden. Verschiedenes würde dann TOP 4.

Bedenken gegen diese Ergänzung der Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1. Einwohnerfragestunde
2. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stadtteil Bad Fredeburg X/351
 Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbliche
 Baufläche" im Bereich "Donscheid"
 (im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des
 Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid")
 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB
 vom 02.09.2021 (Änderung des Geltungsbereiches)
3. Bebauungsplan Nr. 173 "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg X/352
 (Aufstellung im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 41.
 FNP-Änderung)
 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB
 vom 02.09.2021 (Änderung des Geltungsbereiches)

- | | | |
|-----|--|-------|
| 4. | Neubau eines Mehrfamilienhauses "Am Kurhaus 7" in Bad Fredeburg
- Beschlussfassung über das geänderte Bauprogramm | |
| 5. | Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2022 und Beschluss
a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022
b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2022-2025
c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2022 | X/342 |
| 6. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 3. Quartal 2021 | X/336 |
| 7. | Beschlussfassungen über den Beteiligungsbericht und über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2020 | X/251 |
| 8. | Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Schmallenberg | X/340 |
| 9. | Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der Besetzung der Gestaltungsbeiräte | X/343 |
| 10. | Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der Gestaltungssatzungen | X/344 |
| 11. | Verschiedenes | |

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | | |
|----|--|-------|
| 1. | Erwerb von Grundstücken im Stadtteil Schmallenberg | X/332 |
| 2. | Information über durchgeführte Grundstücksgeschäfte gem. § 11 Abs. 4 der Zuständigkeitsordnung | X/349 |
| 3. | Veräußerung von Gewerbegrundstücken im Gewerbegebiet Lake II, Schmallenberg | X/357 |
| 4. | Verschiedenes | |

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es meldet sich Herr Stephan Burghaus mit einer Frage zum geplanten E-Schnellladesäulen-Park in Gleidorf. Er führt aus, dass das Bundesverkehrsministerium zurzeit die Errichtung und den Betrieb von Schnelllade-Standorten ausschreibe. In einem Flächentool sei auch ein Schnelladepark in Gleidorf verzeichnet. Er fragt, inwieweit das der Stadt Schmallenberg bekannt sei und inwiefern Überlegungen bestehen, nach geeigneten Flächen zu suchen und diese zu melden, damit sich evtl. Bieter darauf einstellen können.

Herr Dicke antwortet, dass diese Angelegenheit der Stadt auf Nachfrage bekannt geworden sei. Der Bund plane Schnelladeparks zu errichten an Standorten, die von der Infrastruktur her geeignet sind, z. B. an übergeordneten Straßen und Verkehrsknotenpunkten.

Ortsvorsteher Frank Wulf aus Holthausen stellt eine Frage hinsichtlich der Baumaßnahme "Dorferneuerung Holthausen". Angesichts des heutigen ersten Schneefalls äußert er die Sorge, dass die Baumaßnahme nicht im November und vor dem beginnenden Winter fertiggestellt sein werde. Die Frage sei, ob die Baustelle über den Winter so bleiben solle, wo die Haltestelle hinsolle und wie Schneepflug, Müllabfuhr und Bus das Befahren im Winter ermöglicht werden solle. Er erklärt, dass in Holthausen Unmut über diesen Zustand herrsche und fragt, wie die Planungen der Stadt aussehen und was die Ursache sei.

Herr Dicke führt aus, dass es viele Probleme mit der Baumaßnahme in Holthausen gegeben habe, so dass sich die Ausführung der Baumaßnahme verzögern und voraussichtlich im Dezember noch andauern werde. Es werde versucht, dieses Jahr mit der Baumaßnahme fertig zu werden. Es seien verschiedene Gespräche geführt worden, dass auch im Winter weitergearbeitet werde; ggf. werde die Baustelle im Winter entsprechend abgesichert, auch um die Anbindung an den Busverkehr sicherzustellen. Bedauerlicherweise sei es bei dieser Baumaßnahme zu Verzögerungen gekommen, u. a. haben sich Materiallieferungen verzögert. Er hoffe aber, dass der Ausbau dieses Jahr noch fertiggestellt werde.

**TOP 2 41. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stadtteil Bad Fredeburg
 Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbliche Bau-
 fläche" im Bereich "Donscheid"
 (im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Bebau-
 ungsplanes Nr. 173 "Donscheid")
 - Änderung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB vom
 02.09.2021 (Änderung des Geltungsbereiches) X/351**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Technischen Ausschuss.

Herr Franke als Vorsitzender des Technischen Ausschusses informiert über das Beratungsergebnis der beiden Ausschüsse. Für den Beschlussvorschlag der Vorlage haben jeweils 12 Ausschussmitglieder gestimmt bei 2 Gegenstimmen.

Herr Weber kritisiert, dass Teile der CDU-Fraktion zwei Tage nach der letzten Ratssitzung einen Kompromiss dargestellt und erklärt haben, dass die Angelegenheit erledigt sei. Das finde er unglaublich. Zumindest einige der Ratsmitglieder hätten gegen Ihre Verpflichtung, zum Wohle der Stadt zu handeln, verstoßen und der Stadt Schaden zugefügt.

Herr Winkelmann widerspricht dem heftigst. Mit Blick auf die Berichterstattung in der Presse führt er aus, dass es keinen Kompromiss mit der Bürgerinitiative gegeben habe. Es sei ein Lösungsvorschlag gefunden worden, der im Interesse von Bad Fredeburg liege. Vom Ergebnis her sei dieser tragbar und mit der Ergänzung eines nicht überbaubaren Korridors von 10 m zum Seniorenweg aus Sicht der CDU-Fraktion so darstellbar. In dem heutigen Beschlussvorschlag gehe es darum, das Betrachtungsgebiet einzuschränken. Jeder, der dagegen stimme, sei für die große Lösung. Für die heutige Beschlussfassung zu TOP 2 und 3 beantragt Herr Winkelmann geheime Abstimmung.

Herr König stellt fest, dass geheime Abstimmung beantragt ist. Weiter stellt er nach Abfrage fest, dass mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder der geheimen Abstimmung zustimmen. Zum Verfahren schlägt er vor, die geheime Abstimmung zu TOP 2 und 3 zu kombinieren und einen Urnengang mit zwei verschiedenfarbigen Stimmzetteln durchzuführen. Widersprüche werden nicht erhoben.

Als Stimmzähler der geheimen Abstimmung werden Herr Weber und Herr Markus Bette für TOP 2 und Herr Meyer und Herr Dr. Schütte für TOP 3 bestellt. Die Stimmzähler haben sich vor der Abstimmung überzeugt, dass die Wahlurne leer ist.

Damit hat die Stadtvertretung mehrheitlich mit 33 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

Der verfahrenseinleitende Beschluss zur Aufstellung eines gem. § 30 Abs. 1 BauGB qualifizierten Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid" vom 02.09.2021 wird in der Form geändert, dass der Aufstellungsbeschluss nur noch für das im Übersichtsplan (Anlage) zur Verwaltungsvorlage X/352 abgegrenzte und reduzierte Plangebiet im Bereich "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg, gefasst wird bzw. Gültigkeit hat. Die sonstigen verfahrensrechtlichen Bestandteile des Beschlusses vom 02.09.2021 zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid" sowie zur 41. Änderung des Flächennutzungsplans im Parallelverfahren bleiben mit Wirkung für das reduzierte Plangebiet bestehen.

Ergänzend wird beschlossen, bei der Entwurfsaufstellung einen nicht überbaubaren Korridor von 10 m zum Seniorenweg zu berücksichtigen.

TOP 4 Neubau eines Mehrfamilienhauses "Am Kurhaus 7" in Bad Fredeburg - Beschlussfassung über das geänderte Bauprogramm

Herr König informiert, dass auf eine Vorlage verzichtet worden sei und der Architekt stattdessen die Änderungen in einem mündlichen Bericht in der gestrigen Sitzung des Technischen Ausschusses sowie des Bezirksausschusses Fredeburg vorgestellt habe.

Anschließend berichtet Herr Hubertus Guntermann als Vorsitzender des Bezirksausschusses Bad Fredeburg über die Beratung des Punktes in den beiden Ausschüssen. Ein konkreter Beschluss sei nicht gefasst worden, da der bisherige Beschluss weiterhin bestehen bleiben solle. Die Verbesserungen seien vorgestellt worden und im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Technischen Ausschuss habe Einvernehmen bestanden, die Maßnahme so durchzuführen.

Herr Dicke berichtet zudem, dass sich der Gestaltungsbeirat Bad Fredeburg in seiner heutigen Sitzung für den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäudedach ausgesprochen habe.

Herr Schütte nimmt Bezug auf die im Technischen Ausschuss diskutierte Einteilung der Räume und äußert sich enttäuscht, dass seine Vorschläge nicht berücksichtigt worden seien. Deshalb werde er sich heute enthalten.

Herr Matthias Albers fragt nach den Kosten und erklärt, dass das Gebäude auf einer ehemaligen Schieferhalde erbaut werden soll. Er hoffe, dass da nichts Überraschendes zu Tage komme.

Herr Dicke teilt mit, dass es eine Kostenschätzung gebe. Auf dieser Grundlage soll ein Förderantrag gestellt werden. Die Verwaltung habe den Baugrund untersuchen lassen. Ergebnis dieser Untersuchung sei, dass es keine Probleme mit dem Baugrund gebe.

Die Stadtvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 5 Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2022 und Beschluss a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2022-2025 c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2022

X/342

Herr König führt aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2022 von der Verwaltung am 06.10.2021 in den Rat eingebracht worden sei. Der Entwurf des Haushaltes sei dann am 12.

Oktober öffentlich bekannt gemacht worden und habe im Anschluss bis zum heutigen Tag zur Einsichtnahme öffentlich im Rathaus ausgelegen. Einwendungen von Einwohnern oder Abgabepflichtigen seien nicht vorgebracht worden. Mit Vorlage X/342 sei nun der Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst worden. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließe der Entwurf des Haushaltsplanes 2022 im Ergebnisplan mit einem Überschuss in Höhe von 45.000 €. Der Haushaltsentwurf sei damit ausgeglichen. Die Unterdeckung im Finanzplan von 7,9 Mio. € könne durch Rücklagen gedeckt werden, Kreditaufnahmen seien mit Ausnahme eines Förderkredits aus dem sozialen Wohnungsbauprogramm des Landes daher nicht erforderlich. Die geplante Investitionssumme betrage rd. 22,2 Mio. €. Mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes sei seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden, die Steuersätze für die Gemeindesteuern unverändert zum Vorjahr wie folgt festzusetzen: die Grundsteuer A mit 200 v.H. und die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer mit 400 v.H.; Steuererhöhungen seien damit nicht geplant.

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Bürgermeister König tragen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen von CDU, UWG, BFS, B'90/Die Grünen, SPD und Die PARTEI ihre Stellungen zum Haushaltsentwurf 2022 vor.

Zunächst trägt Herr Winkelmann für die CDU-Fraktion die Haushaltsrede vor, anschließend Herr Wiese für die UWG-Fraktion, Herr Ewers für die BFS-Fraktion, Herr Vollmer für die SPD-Fraktion, Herr Meyer für die B'90/Die Grünen-Fraktion und Herr Sztul für die Die PARTEI-Fraktion.

Die Redemanuskripte sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 - 6 beigelegt. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen davon abweichen.

Anschließend nimmt Herr König Bezug auf die Beratungsphase in den Ausschüssen und weist darauf hin, dass die Anregungen aus den Ausschüssen in der Vorlage X/342 aufgeführt seien, die Verwaltung habe dazu entsprechend Stellung genommen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Anregungen der Gremien und Vorschläge der Verwaltung:

- **Anregung BezA Graftschafft:** Der Ansatz der Maßnahme "Ausbau Schulstraße Graftschafft (gepflasterter Teilbereich ab dem Abzweig der Straße "Zum Wilzenberg" in Richtung Schützenhalle Graftschafft)" soll von 2025 nach 2022 vorgezogen werden (30.000 €)

Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der im Haushaltsentwurf 2022 bereits veranschlagten Maßnahmen und der damit verbundenen Auslastung des städtischen Tiefbauamtes wird eine Umsetzung in 2022 als nicht realistisch angesehen. Vorgeschlagen wird, die Maßnahme im nächsten Jahr vorzuplanen und im Jahr 2023 baulich zu veranschlagen.

- **Anregung BezA Schmollenberg:** Der Planungsansatz der Maßnahme "Fuß- und Radwegeanschluss Wiesenweg Schmollenberg" (15.000 €) soll von 2023 nach 2022 vorgezogen werden.

Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der im Haushaltsentwurf 2022 bereits veranschlagten Maßnahmen und der damit verbundenen Auslastung des städtischen Tiefbauamtes wird eine Begleitung der Planung in 2022 als nicht realistisch angesehen. Vorgeschlagen wird, die Planung weiter für das Jahr 2023 vorzusehen.

- **Anregung BezA Bodefeld:** Die geplante Dorferneuerungsmaßnahme im Ortskern von Bodefeld soll 2023 baulich umgesetzt werden.

Anmerkung der Verwaltung: Der Haushaltsentwurf sieht für das Jahr 2022 einen Planungsansatz vor. Vorgeschlagen wird, die Maßnahme im kommenden Jahr soweit planerisch zu konkretisieren, dass bis zum 30.09.2022 ein Antrag im Dorferneuerungsprogramm des

Landes gestellt werden kann. Im Haushaltsplan 2023 wäre dann der erforderliche bauliche Ansatz einzustellen.

- **Anregungen BezA Oberes Lennetal:**

- Es soll ein Planungsansatz für das Feuerwehrgerätehaus Oberkirchen aufgenommen werden (Standortsuche und weitere Planung aufgrund des mittelfristig erforderlichen Umzugs vom Gelände der Grundschule Oberkirchen).

Anmerkung der Verwaltung: Der derzeit in Aufstellung befindliche Brandschutzbedarfsplan wird Aussagen zur baulichen Anforderung an die Feuerwehrgerätehäuser einschließlich einer zeitlichen Priorisierung enthalten. Die Haushaltsplanung sollte dem Brandschutzbedarfsplan insofern nicht vorgreifen. Der HH-Entwurf sieht für 2022 bereits einen allgemeinen Planungsansatz für die Feuerwehrgerätehäuser vor, der bei Bedarf in Anspruch genommen werden kann.

- Der Ansatz "Ausbau Straße In der Schlade" (ein bislang nicht (end)ausgebauter Teilbereich auf einer Länge von ca. 140 m) soll von 2023 nach 2022 (130.000 €) vorgezogen werden.

Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der im Haushaltsentwurf 2022 bereits veranschlagten Maßnahmen und der damit verbundenen Auslastung des städtischen Tiefbauamtes wird eine Umsetzung in 2022 als nicht realistisch angesehen. Vorgeschlagen wird, die Maßnahme weiterhin im Jahr 2023 baulich zu veranschlagen.

- Es soll ein Sonderprogramm für die Sanierung von Gewässerverrohrungen als Maßnahme zum Hochwasserschutz aufgenommen werden.

Anmerkung der Verwaltung: Der Haushaltsplanentwurf sieht einen Planungsansatz für Maßnahmen an Gewässern und für den Hochwasserschutz vor. Ferner ist der Ansatz für die Gewässerunterhaltung aufgestockt worden. Vorgeschlagen wird, die Thematik Gewässerverrohrung mit in die Gesamtbetrachtung Hochwasserschutz mit einzubeziehen.

- **Gemeinsame Anregung der BFS-Fraktion und UWG-Fraktion:** Der Planungsansatz der Maßnahme "Radweg Bad Fredeburg - Altenilpe" soll von 2023 nach 2022 vorgezogen werden (10.000 €)

Anmerkung der Verwaltung: Der Landesbetrieb Straßen.NRW plant die Ausschreibung und den Bau des Radwegeteilstückes im Rahmen der Umgehungsstraße Bad Fredeburg in den Jahren 2022/2023. Der städtische Planungsansatz könnte insofern entfallen.

Gegen die Vorschläge der Verwaltung werden keine Widersprüche erhoben.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsplanberatungen werden dann die Änderungsanträge der Fraktionen in der Reihenfolge der Produkte zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

- **Produkt 11.03.01 - Zentrale Dienste**

Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion vom 29.07.2021

Einstellung eines Budgets von 20.000 € in den Haushalt für die Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu verschiedenen Veranstaltungen im Stadtgebiet. Das Budget kann von Betroffenen oder Veranstaltern bei Bedarf z.B. für die Anmietung einer FM-Funkanlage, einer mobilen rollstuhlgerechten Toilette oder Gebärdendolmetscher abgerufen werden.

Herr Meyer begründet den Antrag und zählt weitere Möglichkeiten zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs auf.

Frau Lutter weist auf die Möglichkeit hin, Fördermittel beim LWL zu beantragen und stellt die Frage, ob nicht zuerst diese Mittel genutzt werden könnten.

Herr Meyer erklärt, dass diese Fördermöglichkeiten schon genutzt werden. Die von der B'90/Die Grünen-Fraktion beantragten Mittel seien für darüberhinausgehende Maßnahmen gedacht. Frau Degner ergänzt, dass es hierbei auch um eine Haltung zu diesem Thema gehe. Sie moniert, dass Zuschüsse beim LWL erst im Nachhinein beantragt werden können und dass die Antragstellung schwierig sei. Die Bereitstellung von 20.000 € sei ein Zeichen der Stadt Schmallingenberg, dass sie Teilhabe für alle haben möchte. Deshalb bitte sie um überfraktionelle Zustimmung, sich dieser Haltung anzuschließen und 20.000 € im Haushalt 2022 bereitzustellen.

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion auf Bereitstellung von 20.000 € im Haushalt 2022 für die Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu verschiedenen Veranstaltungen im Stadtgebiet wird bei 15 Ja-Stimmen mit 19 Gegenstimmen der CDU-Fraktion und des Bürgermeisters mehrheitlich abgelehnt.

- **Produkt 12.05.02 - Brandschutz**

Antrag der CDU-Fraktion vom 11.11.2021

Einstellung eines Haushaltsansatzes von 40.000 € als Kostenerstattung bzw. Zuschuss an die städtischen Wasserversorger für die Übernahme von Aufgaben der Löschwasserversorgung.

In der Erläuterung des Antrags weist Herr Winkelmann auf regelmäßige Diskussionen zu diesem Thema mit der "Arbeitsgemeinschaft aller nichtstädtischer Wasserversorger" hin. Es gehe um eine Mittelbereitstellung für eine Lösung, wenn die Bestandsaufnahme abgeschlossen sei.

Herr Ewers sieht zunächst Beratungsbedarf in den Fraktionen.

Herr Winkelmann stimmt dem zu und weist darauf hin, dass es heute um die Mittelbereitstellung im Haushalt gehe. Ob und wie die Mittel abgerufen werde, solle mit den Fraktionen im nächsten Jahr beraten werden.

Herr König schlägt vor, die beantragten Mittel von 40.000 € aufzuteilen in 20.000 € als Aufwand und 20.000 € als innere Verrechnung.

Die Stadtvertretung beschließt einstimmig, 40.000 € als Kostenerstattung bzw. Zuschuss an die städtischen Wasserversorger für die Übernahme von Aufgaben der Löschwasserversorgung im Haushalt 2022 bereitzustellen (20.000 € als Aufwand und 20.000 € als innere Verrechnung).

- **Produktgruppen 21.01 Schulen und 36.01. Kindertageseinrichtungen**

Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 29.07.2021

Konzeptionierung und Installation von stationären raumluftechnischen Anlagen für Unterrichtsräume und KITA-Gruppenräume. Die Kosten für die Planung und Installation sollen in die Haushaltsplanung 2022 und 2023 einfließen.

Auf Nachfrage von Herrn König nach einem Betrag führt Herr Meyer aus, dass die Kostenhöhe von der Zahl der Gebäude/Räume abhängt. Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion beziehe sich auf eine auf Dauer angelegte Maßnahme. Peu à peu könne so in die Schulen investiert werden.

Herr Matthias Albers bemerkt, dass mobile Anlagen förderfähig seien und fragt, ob das auch auf festinstallierte Anlagen zutreffe.

Herr Meyer erklärt, dass in dem Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktionen auf Fördermöglichkeiten verwiesen worden sei.

Herr Dicke berichtet, dass die Verwaltung die infrage kommenden Räume aufgelistet habe. Insgesamt seien es 260 Räume, die ausgerüstet werden müssten. Das würde Kosten von 8 Mio. € bedeuten und sei eine Herausforderung. Er weist darauf hin, dass die Anlagen auch gepflegt werden müssten (Reinigung, Einbau Filter).

Herr Wiese regt an, sich als Pflichtaufgabe aufzuerlegen, bei Baumaßnahmen auch raumlufttechnische Anlagen mit einzubauen. Angegangen werde müsse das Thema auf jeden Fall.

Bei 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung wird der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion auf Bereitstellung von Mitteln für die Konzeptionierung und Installation von stationären raumlufttechnischen Anlagen für Unterrichtsräume und KITA-Gruppenräume in die Haushaltsplanung 2022 und 2023 mit 21 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

- **Produkt 54.01.02 - Fuß- und Radwege**

Antrag der BFS-Fraktion vom 15.09.2021

Ausarbeitung eines flächendeckenden Radwegenetzes für die gesamte Stadt Schmallenberg durch ein Planungsbüro.

Vorschlag der BFS-Fraktion: Aufnahme eines Ansatzes von 60.000 €

Herr Ewers verweist auf seine Haushaltsrede und erklärt, dass, wie bei Photovoltaik-Anlagen, Fördermittel zur Verfügung stehen. Er moniert, dass bisher nichts konkretes vorliege.

Herr Dicke informiert über den aktuellen Stand des Radwegekonzeptes des Hochsauerlandkreises. Die Fördermittel werden vom HSK für die Stadt Schmallenberg abgerufen. Der Auftrag für die Konzepterstellung sei vergeben und der HSK werde einen Radwegebeauftragten einstellen. In naher Zukunft werden die ersten Arbeitskreise tagen und ein Konzept werde entstehen. Zurzeit gebe es nur die Ausschreibung der Konzepterstellung.

Herr Matthias Albers stellt dar, dass ein wirklicher Plan fehle. Den müsse die Stadt machen. Er ist der Meinung, dass sich die Stadt schnell auf den Weg machen müsste.

Herr König teilt mit, dass es ein Konzept von Schmallenger Sauerland Tourismus GmbH gebe. Darüber hinaus lege er Wert auf ein Konzept des Kreises. Auch erfasst werden müssten die Bereiche, wo das Radwegenetz dünn sei, z. B. im Henne-Rartal. Hinsichtlich des Radweges von Fleckenberg nach Lenne teilt er mit, dass zwischenzeitlich eine Förderzusage vorliege.

Auf Nachfrage von Herrn Weber, ob auch alle Ortsteile mitberücksichtigt werden, informiert Herr Dicke, dass bei der Konzepterstellung durch den Hochsauerlandkreis eine Vernetzung aller Städte und Gemeinden sowie deren Stadt- und Ortsteile angestrebt werde. Zielpunkt solle dabei immer die Stadt- und Ortsmitte sein. Innerstädtische Maßnahmen sollen dabei berücksichtigt werden. Das zu erarbeitende Zielnetz "Nahverkehr" solle dementsprechend aufgebaut werden.

Herr Hans-Georg Bette möchte wissen, ob durch das Verfahren sichergestellt sei, dass alle 12 Kommunen im Hochsauerlandkreis einbezogen werden und ob das Konzept in den Gremien der Stadt vorgestellt werde.

Herr Dicke berichtet, dass bis auf Arnsberg alle Kommunen des Hochsauerlandkreises dabei seien. Die Verwaltung habe beim Leistungsverzeichnis mitgearbeitet und im Technischen Ausschuss sei bereits über das Vorhaben informiert worden. Herr Dicke kündigt an, über den Fortgang in den kommenden Sitzungen des Technischen Ausschusses weiter zu berichten.

Der Antrag der BFS-Fraktion auf Bereitstellung von 60.000 € im Haushalt 2022 für die Ausarbeitung eines flächendeckenden Radwegenetzes wird bei 15 Ja-Stimmen der Fraktionen von SPD, Die PARTEI, BFS, UWG und B'90/Die Grünen mit 19 Gegenstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

- **Produkt 54.01.05 - Verkehrssicherungsanlagen, öffentliche Beleuchtung**
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.07.2021
Beleuchtung des Fußweges an der Fleckenberger Straße in Schmallenberg vom Holzinformationszentrum bis zur Brücke über die Lenne/Kläranlage. Die Beleuchtung soll mittels Solar-LED Straßenleuchten erfolgen und soll jeweils am Abend und am Morgen für mehrere Stunden den Fußweg ausleuchten.
Kostenschätzung Verwaltung für kabelgebundene Lampen: 25.000 €

Herr Dicke nimmt Bezug auf einen ähnlichen Antrag von vor zwei Jahren. In diesem Zusammenhang sei die Beleuchtung von der Brücke über die Lenne/Kläranlage bis zur Fleckenberger Straße umgesetzt worden. Auf einer Luftaufnahme zeigt er den Bereich, der bis in die Innenstadt jetzt durchgehend beleuchtet ist.

Herr Weber kritisiert, dass das steile Wegestück bis zum HuTZ fehle. In diesem Bereich bis zur Ladenzeile sei Bedarf für eine Beleuchtung.

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Mittelbereitstellung von 25.000 € in den Haushalt 2022 für eine Beleuchtung des Fußweges an der Fleckenberger Straße in Schmallenberg vom Holzinformationszentrum bis zur Brücke über die Lenne/Kläranlage wird bei 15 Ja-Stimmen mit 19 Gegenstimmen der CDU-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

- **Produkt 55.01.01 - öffentliches Grün**
Antrag der UWG-Fraktion vom 02.11.2021
Einstellung von 20.000 € in den Haushalt zur Realisierung folgender Konzepte
 1. **Anlage eines Bürgerwaldes**
 2. **Benennung eines ehrenamtlichen Umweltbeauftragten für die Stadt**
 3. **Einleitung einer Grüngarten-Kampagne (kostenloser Baum für alle Gartenbesitzer)**

Herr Wiese begründet den Antrag der UWG-Fraktion und führt aus, dass in der Zeitung zu lesen gewesen sei, dass andere Kommunen bereits umfangreiche Maßnahmen getroffen haben. Auch die Stadt Schmallenberg als "Stadt des Waldes" solle ein Zeichen setzen und der Klima-/Umweltbelastung gegensteuern. Es gehe um Maßnahmen in niedrigen monetären Bereich. Hinsichtlich eines ehrenamtlichen Umweltbeauftragten habe er auch schon eine Idee, wer das machen könnte.

Herr Winkelmann stellt fest, dass es sich um einen dreigeteilten Antrag handele. Die Anlage eines Bürgerwaldes sei sehr aufwendig für den Forst. Gestern sei der Klimaschutzpreis an einen Kindergarten für ein Wald-Projekt verliehen worden. Daran sehe man, dass sich die Region mit dem Thema beschäftige. Er plädiere dafür, diesbezüglich eine städtische Fläche zur Verfügung zu stellen, aber keine permanente Betreuung durch den Forst vorzusehen. Den weiteren Antrag auf einen ehrenamtlichen Umweltbeauftragten halte er für schwierig und für nicht erforderlich. Hinsichtlich einer Grüngarten-Kampagne legt er dar, dass dies im eigenen Interesse der Bürger sei, Bäume in ihre Gärten zu stellen. Hier sehe er die Stadt nicht in der Pflicht, das zu bezuschussen.

Herr Meyer führt aus, dass er zu Antrag Nr. 2 einen ehrenamtlichen Umweltbeauftragten für überfordert ansehe. Er spricht sich dafür aus, die drei Anträge getrennt zur Abstimmung zu stellen.

Herr Schütte erklärt, dass die UWG-Fraktion die 20.000 € einsetzen würde, um etwas anzuschieben und den Anfang jetzt zu machen. Zum ehrenamtlichen Umweltbeauftragten führt er aus, dass dies jemand sein könnte, dem die Bevölkerung Hinweise zum Umweltschutz geben könnte. Wichtig sei, irgendwann mal mit der Klimarettung anzufangen. Auch eine Grüngarten-Kampagne halte er für wichtig. Eine Stadt im Ruhrgebiet habe das jetzt gemacht und Bürgern kostenlos Bäume zur Verfügung gestellt. Das sei ein Symbol, dass eine Stadt etwas tue und dass man weg von den Plastikpflanzen in den Gärten komme.

Die drei Anträge der UWG-Fraktion werden sodann getrennt zur Abstimmung gestellt.

Dem Antrag der UWG-Fraktion auf Anlage eines Bürgerwaldes wird bei 2 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Der Antrag der UWG-Fraktion auf Benennung eines ehrenamtlichen Umweltbeauftragten wird bei 12 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mit 21 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der UWG-Fraktion auf Einleitung einer Grüngarten-Kampagne wird bei 14 Ja-Stimmen mit 20 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Hinsichtlich der Festlegung eines Betrags von 20.000 € regt Bürgermeister König an, diese Mittel für die Anlage eines Bürgerwaldes im Produkt 55.01.03 Stadtwald zu verorten.

Herr Winkelmann fragt, ob diese Mittel zusätzlich bereitgestellt werden müssen oder ob diese in den bereits eingepplanten Mitteln für die Wiederaufforstung enthalten seien.

Herr König teilt mit, dass ein Haushaltsansatz für Wiederaufforstung im Haushalt 2022 enthalten sei. Vorschlag sei, 20.000 € für die Anlage eines Bürgerwaldes davon auszuklammern und separat zur Verfügung zu stellen.

Die Stadtvertretung beschließt bei einer Enthaltung einstimmig, 20.000 € im Budget Forst für die Anlage eines Bürgerwaldes aus dem Ansatz Wiederaufforstung auszuklammern und separat zur Verfügung zu stellen.

- **Produkt 55.02.01 - öffentliche Gewässer**
Antrag der BFS-Fraktion vom 15.09.2021
Ausarbeitung einer flächendeckenden Verbesserung des Hochwasserschutzes in einer möglichen Zusammenarbeit mit dem Ruhrverband für das gesamte Stadtgebiet.

Der Antrag wird von Herrn Ewers erläutert.

Herr König teilt mit, dass in dieser Angelegenheit erste Gespräche bereits laufen und schlägt vor, im Technischen Ausschuss über den Fortgang zu berichten. Deshalb sei der Vorschlag heute, den Antrag und die Ausführungen zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Ewers erklärt sich damit einverstanden.

- **Antrag der Die PARTEI-Fraktion vom 12.07.2021 an den Stellenplan**
Schaffung einer Planstelle Digitalität in der Verwaltung der Stadt Schmallenberg
 (Aufgabenbereiche: Anbindung Stadtgebiet an schnelles Internet, Erfahrungsaustausch im Projekt Smart Cities Südwestfalen, Schaffung einer digitalen Infrastruktur, Sicherstellung

digitale Ausstattung an allen Schulen, Umsetzung digitale Mobilitätslösungen, Sicherstellung eines barrierefreien Zugangs zu digitalen Angeboten für Bürger und Gäste)

Personalkostenschätzung der Verwaltung: Stelle E10: 70.000 €

Herr Sztul begründet den Antrag der Die PARTEI-Fraktion und legt dar, dass der Antrag vielleicht ein Anstoß sein könne, selbst zu überlegen, wie eine solche Stelle aussehen könnte.

Herr Winkelmann erklärt, dass die Auflistung in dem Antrag etliche Punkte enthalte, die bereits angegangen seien, z. B. der Breitbandausbau mit dem 6. Call. Vieles sei schon umgesetzt worden, jedoch könne eine Stadt wie Schmallenberg nicht mit den großen Playern der Großstädte mithalten. Zudem sei die Stadt auf das Rechenzentrum angewiesen.

Herr König berichtet, dass sich in der Verwaltung bereits drei Mitarbeiter/innen mit dem Thema Digitalisierung auseinandersetzen. Zudem sei im Entwurf des Stellenplans eine weitere Stelle für digitale Arbeit ausgewiesen. Eine Stelle sei da, umfasse aber nicht den weiten Aufgabenbereich der im Antrag aufgeführt sei.

Herr Matthias Albers hält das für eine wichtige Sache und man müsse das auf breiter Front sehen. Wenn vier Stellen vorhanden seien, sei die Frage, ob eine fünfte Stelle sinnvoll sei. Er denke, das sei damit abgedeckt. Aber man müsse sich breiter aufstellen und sich mit einer breiteren Aufgabenstellung befassen.

Der Antrag der Die PARTEI-Fraktion auf Schaffung einer Planstelle Digitalität in der Verwaltung der Stadt Schmallenberg im Stellenplan 2022 wird bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen mit 24 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

- **Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 08.11.2021 an den Stellenplan
Einrichtung einer Stabsstelle im Personalhaushalt mit der Schwerpunktaufgabe des örtlichen Klimaschutzes, nötiger Maßnahmen zur Klimaanpassung und Nachhaltigkeit.**

Personalkostenschätzung der Verwaltung: Stelle E11: 75.000 €

Der Antrag wird von Herrn Meyer erläutert. Er nimmt Bezug auf seine Haushaltsrede und betont, dass eine Strategie für die nächsten zehn Jahre benötigt werde. Wünschenswert wäre eine Stelle, es könne aber auch eine halbe Stelle sein. Die Stelle müsse jemand ausfüllen, der abteilungsübergreifend die Dinge sehe. Fördertöpfe stehen auf EU-, Bundes- und Landesebene bereit. Wichtig sei insbesondere auch die Kommunikation. Ein kürzlich durchgeführtes Webinar habe gezeigt, dass Informationsbedarf bestehe, dieses aber nicht abgedeckt sei, weil kein Ansprechpartner bei der Stadt zur Verfügung stehe. In Richtung der CDU-Fraktion erklärt er, dass diese nicht mit klein-klein argumentieren solle sondern er Gegenargumente hören möchte.

Herr Winkelmann führt aus, dass ein Gegenargument sei, dass keine 50%-Stabsstelle das schaffen könne, was Herr Meyer in seinem Antrag aufgelistet habe. Eine Bürgerberatung sei mit einer Teilzeitstelle nicht machbar. Die Stadt Schmallenberg habe sich der Konzepterstellung des Hochsauerlandkreises angeschlossen, wo auch ein Klimamanager eingestellt werde. Zudem warte man auf eine Beteiligung auf dem Förderportal. Eine zusätzliche Stabsstelle halte er nicht für erforderlich. Beim Konzept des HSK werde es eine umfangreiche Information der Bürger geben. Aber jeder sei auch in der Selbstverpflichtung, sich Informationen zu holen oder sich direkt an Sachverständige zu wenden.

Herr Meyer verdeutlicht, dass eine 50 %-Stelle ein Kompromissvorschlag gewesen sei. Natürlich favorisiere die B'90/Die Grünen-Fraktion eine volle Stelle. Eine Stabsstelle sitze oben drüber und schaue, was andere tun. Er halte nichts davon, das Thema auf den Kreis abzuschieben.

Herr Winkelmann erklärt, dass dies eine komplett neu eingerichtete Stelle wäre. Dafür gebe es keine Luft im Stellenplan und die Stelle sei auch nicht erforderlich.

Herr Vollmer schließt sich den Ausführungen von Herrn Meyer an. Das seien Aufgaben, die angegangen werden müssen. Man solle nicht nur reden, sondern nach vorne gehen. Eine solche Stelle mache Sinn. Geld sei vorhanden und auch Personen, die sich in diesem Bereich engagieren. Man solle jetzt damit anfangen.

Herr Winkelmann sieht darin keine Kernaufgabe einer Kommune.

Der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion auf Einrichtung einer Stabstelle Klimaschutz/-anpassung, Nachhaltigkeit wird bei 14 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mit 19 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Weitere Anträge zum Haushalt 2022 und Wortmeldungen liegen nicht vor.

An dieser Stelle wird die Sitzung von 20:20 bis 20:30 Uhr unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung fragt Herr Meyer, ob der Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion vom 15.09.2020 zur Erweiterung der Ladesäulen-Infrastruktur für Elektrofahrzeuge erledigt sei. Herr König teilt mit, dass er in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die Aufarbeitung für die nächste Sitzungsrunde angekündigt hatte.

Kämmerer Plett trägt den Beschlussvorschlag für die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022, für den Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre 2022 bis 2025 und für den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 vor, der sodann von Bürgermeister König zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtvertretung fasst mit 27 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich folgende Beschlüsse:

a) Haushaltssatzung der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2022

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Schmallenberg mit Beschluss vom 25.11.2021 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2022, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Kommune voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	67.985.800,00 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	67.960.800,00 €
im Finanzplan mit	
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	61.927.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	61.083.200,00 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	12.660.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	22.157.000,00 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	800.000,00 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	185.000,00 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf 1.200.000,00 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich sind, wird auf 8.250.000,00 € festgesetzt.

§ 4

Eine Inanspruchnahme des Eigenkapitals soll nicht erfolgen.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.500.000,00 € festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2022 wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|-----|--|----------|
| 1. | Grundsteuer | |
| 1.1 | für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 200 v.H. |
| 1.2 | für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 400 v.H. |
| 2. | Gewerbsteuer auf | 400 v.H. |

§ 7

(Wiederherstellung Haushaltsausgleich) - entfällt

b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2023 - 2025

Die Stadtvertretung beschließt den Ergebnisplan für die Jahre 2023 - 2025 mit einem Saldo von

-325.000 € für 2023
 -305.000 € für 2024
 -275.000 € für 2025

und den Finanzplan für die Jahre 2023 - 2025 mit einem Saldo von

-10.036.100 € für 2023
 - 6.283.500 € für 2024
 - 2.897.800 € für 2025

c) Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2022

Die Stadtvertretung beschließt den Stellenplan 2022 in der mit dem Entwurf vorgelegten Fassung und unter Einarbeitung der in Vorlage X/342 erläuterten Ergänzung.

TOP 6 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 3. Quartal 2021 **X/336**

Die im dritten Quartal 2021 entstandenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 12.764,73 €, welche den Betrag von 10.000 € im Einzelnen nicht überschreiten, nimmt die Stadtvertretung zur Kenntnis. Die ausgewiesenen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 109.188,00 € werden durch die Stadtvertretung genehmigt.

TOP 7 **Beschlussfassungen über den Beteiligungsbericht und über das Vor-**
liegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Auf-
stellung eines Gesamtabchlusses für das Jahr 2020 **X/251**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt den der Vorlage als Anlage beigefügten Beteiligungsbericht 2020 und stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2020 fest.

TOP 8 Neufassung der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Schmallenberg **X/340**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Meyer teilt mit, dass er heute eine E-Mail von einem Hundesachverständigen erhalten habe, der die Meinung vertrete, dass eine Hundeleine von 1,50 m zu kurz wäre. Er sei da überfragt und fragt nach der Einschätzung der Verwaltung.

Herr Winkelmann weist auf das Konfliktpotential hin, das es bei Hunden auf Verkehrsflächen und Anlagen gebe. Bisher sei die Regelung gewesen, dass Hunde auf Verkehrsflächen und Anlagen an einer kurzen Leine zu führen sind. Im Verordnungsentwurf sei jetzt die Länge der Hundeleine auf maximal 1,50 m festgelegt worden. Angesichts des Konfliktpotentials könne er sich auch damit anfreunden, die bisherige Regelung der kurzen Leine beizubehalten.

Herr Weber hat eine Verständnisfrage zum Begriff "Verkehrsflächen" und möchte wissen, wo Hunde dann noch frei laufen können, ob das auf Waldwegen möglich sei. Er ist der Meinung, dass sich ein Hund artgerecht verhalten können müsse. Einen Leinenzwang halte er nicht für tiergerecht und nicht umsetzbar.

Herr König führt aus, dass das Thema Hunde in der Tat ein schwieriges Thema sei. Zu den Ausführungen von Herrn Weber weist er auf den Verweis in § 6 Abs. 4 des Verordnungsentwurfs auf das Landesforstgesetz hin. Hinsichtlich der Leinenlänge könne er dem Vorschlag

von Herrn Winkelmann folgen und schlägt vor, in § 6 Abs. 4 Satz 1 den Halbsatz "die eine Länge von maximal 1,50 Meter nicht übersteigt" zu streichen und es bei der alten Regelung zu belassen.

Herr Schütte schließt sich den Vorschlägen von Herrn Winkelmann und Herrn König an.

Da keine Einwände erhoben werden, trägt Bürgermeister König einen geänderten Beschlussvorschlag vor und stellt diesen zur Abstimmung.

Bei einer Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt die ordnungsbehördliche Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Schmallenberg gemäß dem der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Entwurf unter Berücksichtigung folgender Änderung: In § 6 Abs. 4 Satz 1 des Verordnungsentwurfs ist der Halbsatz "die eine Länge von maximal 1,50 Meter nicht übersteigt" zu streichen.

**TOP 9 Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der
Besetzung der Gestaltungsbeiräte** **X/343**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Herr Wiese teilt mit, dass die UWG-Fraktion über die beiden Anträge der Architekten Schenk bislang noch nicht beraten konnte. Er regt an, die unter TOP 9 und TOP 10 aufgeführten Anträge der Schenk Architekten zunächst zurückzustellen und in den Fraktionen zu beraten.

Herr Hans-Georg Bette schließt sich dem Vorschlag an und führt aus, dass bis dahin die gute Arbeit im Gestaltungsbeirat fortgesetzt werde. In der heutigen Sitzung des Gestaltungsbeirates Schmallenberg habe es eine gute, sachliche Diskussion gegeben und die Zusammenarbeit sei sehr angenehm.

Gegen den Vorschlag von Bürgermeister König, die Beratung zu TOP 9 auf die nächste Sitzungsrunde zu verschieben, werden keine Einwände erhoben.

**TOP 10 Antrag der Schenk Architekten gem. § 24 GO NRW auf Änderung der
Gestaltungssatzungen** **X/344**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, die Anregungen der Schenk Architekten im Rahmen des laufenden Verfahrens zur Änderung der Gestaltungssatzungen einzubeziehen und zu prüfen.

TOP 11 Verschiedenes

TOP 11.1 Abschluss "Re-Start"-Kampagne (Corona-Gutscheinaktion für die von den Schließungsverfügungen im Zusammenhang mit der Pandemie betroffenen Schmallerberger Betriebe)

Herr Plett informiert über den Abschluss der "Re-Start"-Kampagne. Insgesamt seien knapp 25.000 Gutscheine bei der Stadt abgerechnet und damit Haushaltsmittel von ca. 170.000 € eingesetzt worden. Das sei eine positive Rücklaufquote.

TOP 11.2 Besetzung der Bewertungskommission zum Stadtwettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" 2022

Herr Ewers erklärt, dass die noch offene Position der Bewertungskommission "Soziales und kulturelles Leben" seitens der BFS-Fraktion mit Herrn Ulrich Cater besetzt werde.